

Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts  
behinderter Menschen der Partei der Piraten im Landtag SH

08.08.2013

Die LAG WR SH befürwortet eine Änderung des Gesetzes und das Wahlrecht für behinderte Menschen.

Deutschland hat im März 2009 die Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Der Artikel 29 fordert unter anderem ein Wahlrecht, auch für Menschen mit Behinderung. In den anderen EU- Ländern wird es auch so gehandhabt.

Deshalb fordert die LAG WR SH auch dringend eine Änderung des Wahlrechts für behinderte Menschen im Bundeswahlgesetz. Das sollte unbedingt schon zur Bundestagswahl im September 2013 umgesetzt werden.

Es stellt sich die Frage, wie dies in der kurzen Zeit gestaltet werden soll. Da die der Gesetzgeber die Gesetze schnell zu ändern haben. Denn diese nötigen Instrumente ein zu richten ist das eine. Für die Umsetzung dieser Gesetze in der Praxis bedarf es an Zeit, um die Rahmenbedingungen sicher zu stellen. Sei es die Barrierefreiheit, die Briefwahl usw.

Wer koordiniert und steuert dies? Für die Umsetzung sind die Fachleute nötig, die dann wären: Der Paritätische, die Diakonie, die Lebenshilfe usw. Wie sollte die Politik dies alleine bewältigen können?

Dann stellt sich noch die Frage, wer kommt finanziell dafür auf? Denn wenn keine Briefwahl ermöglicht werden sollte, ist es zwingend erforderlich jedem zu ermöglichen, an den Wahl Ort zu erscheinen.

Weitere Fragen sind: gibt es bei der Wahl denn die Leichte Sprache? Wo können sich die Menschen im Vorfeld über die Parteien informieren? Existiert eine Internetseite auf der Betreuer, Fachkräfte Ihre zu Betreuenden mit Informationen, zu den zu wählenden Kandidaten und Parteien, in leichter Sprache mit Symbolen und mit akustischer Sprachwiedergabe, es Ihnen verständlich machen können?

Es ist sehr wenig Zeit, um dies noch vor der Wahl zu gewähren. Es ist zwingend erforderlich das sofort gehandelt wird und sich alle Parteien dessen bewusst sind.



Friedrich Rabe  
1. Vorsitzender der LAG Werkstattträte SH

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/1576